

## Haushaltsrede

zum HHP 2021

Marianne Erdrich-Sommer



Im Kreistag Esslingen

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine Damen und Herren

Die Pandemie hat uns fest im Griff und ist das Hauptthema der Menschen und der Politik. Das treibt uns alle um. Dennoch haben wir die Aufgabe, einen guten und zukunftsfähigen, also keinen kurzfristigen Haushalt für den Landkreis zu verabschieden. Darauf will ich mich konzentrieren.

Neben Corona war für uns Grüne im laufenden Jahr die Diskussion um das integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) eines der wichtigsten politischen Themen im Kreistag. Während wir bei der Corona-Pandemie auf einen Impfstoff hoffen können, wird es für die Klimakrise keine ähnliche Lösung geben. Aber: während die Pandemie uns Verzicht und Beschränkungen auferlegt, werden Konzepte gegen die Erderwärmung eher Verhaltensänderung von uns verlangen - mehr Fahrrad statt Auto, mehr E-Mobilität statt Benzinschlucker, mehr intelligente Technologie statt Wegwerfprodukte und und und. Wir sind den Klimaveränderungen nicht machtlos ausgeliefert und der Landkreis zeigt mit dem IKK Maßnahmen auf, wie wir unseren Teil zur Bewältigung der Klimakrise beitragen können. Die strukturellen Umsetzungen des Konzepts sind ja im Gange, die notwendigen Stellen sind besetzt oder im Stellenplan aufgeführt. Die Klimaschutzagentur wird gerade installiert. Gut, dass die großen Kreisstädte und die Kommunen des Landkreises da mitziehen. Nur, Strukturen sind lediglich notwendige Voraussetzungen, helfen dem Klima aber noch nichts. Daher müssen wir nun auch zügig Maßnahmen umzusetzen, die uns im Konzept aufgezeigt werden. Ziele formulieren ist notwendig, allerdings immer weiter nur Ziele formulieren, wie es letztens im ATU beantragt wurde, bringt nicht weiter. „Was nicht zur Tat wird, ist wenig wert.“ hat Gustav Werner, Pfarrer und Stifter gesagt. Wir brauchen tätiges Handeln, um die Erderwärmung zu stoppen. Ich möchte unseren Landrat in der Einbringungsrede zitieren. „Klimaschutz bleibt eine zentrale Herausforderung. Wir wollen auf der Basis des Konzeptes und der darin vereinbarten Ziele jetzt loslegen.“ Jawohl, Herr Landrat! Deshalb beantragen wir, für die Umsetzung der ersten Maßnahmen schon im kommenden Jahr 200.000 € in den Haushalt einzustellen. Schauen wir uns die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung an, wird klar: Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Daher: keine weitere Verzögerung – jede Kraftanstrengung ist notwendig. Packen wir's an.

Aufgrund der Pandemie wurde einer Entwicklung wenig Beachtung geschenkt. Die Steuerkraftsummen gingen im Landkreis Esslingen entgegen dem Landestrend in den letzten beiden Jahren zurück. Nicht bedrohlich, aber deutlich: 1,3% und 1% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Hier zeigt sich der Strukturwandel in unserer Automobil- und Maschinenbauregion und es muss alles getan werden, um hier gegenzusteuern.

Aber gegensteuern tut man nicht, indem man versucht, den Strukturwandel zu blockieren. Wir waren und sind im Land der Tüftler und Denker doch immer dann gut, wenn wir vornedran sind, also als erste Neues erdacht und Neues entwickelt haben, Vorreiter sind. Es gilt also, den Wandel zu fördern, die Umstellung auf Neues und Neuentwicklungen zu unterstützen.

Dass sich der Kreis mit einem Mobilitätskonzept für mehr emissionsarme Fahrzeuge einsetzt und zeigt, was da geht, begrüßen wir. Sowohl die E-Mobilität als auch die Wasserstofftechnologie haben ihren Platz in diesem Vorgehen. Dieser klimapolitische Strukturwandel kostet Geld, aber Nichtstun wird vier bis sechs Mal so teuer, sagt die Wissenschaft. Auch hier ist tätiges Handeln gefragt.

Den Strukturwandel wird der Landkreis auch im Sozialbereich spüren, zusätzlich zu den Folgen der Pandemie. Nun ist der Kreis im Sozialbereich recht gut aufgestellt. Es wurden 20 Stellen in der sozialen Arbeit und Beratung neu geschaffen. Kinder- und Jugendschutz wird gestärkt. Dennoch werden in den nächsten Jahren gewaltige Verwerfungen in der Gesellschaft zu erwarten sein, mit entsprechenden Folgen auf den sozialen Leistungsbereich - und das bei zurückgehenden Steuereinnahmen. In einigen Aufgabenfeldern sind weitere Verbesserungen dringend notwendig: Hilfen für traumatisierte Geflüchtete und Maßnahmen gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Wir stellen dazu Anträge und hoffen auf gute Beratungen.

Kinder und Jugendliche sind in der Pandemiediskussion oft nur als Schüler\*innen wahrgenommen worden. Die erschwerte Freizeitgestaltung der jungen Menschen wurde wenig thematisiert. Kindern und Jugendlichen auch in der kalten Jahreszeit unter verschärften Corona-Bedingungen Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen, darauf zielt ein weiterer Antrag. Damit soll die häuslicher Enge entzerrt werden und psychische Spannungs- und Abhängigkeitssituationen vermindert werden. Wir wollen das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie auf erforderliche Entwicklungsräume und -chancen stärken. Hierzu zählt in hohem Maße auch die Begegnung, die Bewegung, das Gehört werden und das Lernen mit und durch andere Kinder und Jugendliche.

Lernen mit und durch andere Kinder passiert auch im inklusiven Kontext, wenn er gut gestaltet werden kann. Hierfür braucht es ausreichend Ressourcen und eine Haltung des Wollens, alle Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt zusammen und in die Begegnung zu bringen, soweit es ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entspricht. Dafür werden wir uns engagiert einsetzen.

Der Nahverkehrsbereich leidet unter massiven Fahrgastverlusten während der Pandemie. Dennoch muss sich der ÖPNV in der Region, schon aus klimapolitischen Gründen, weiterentwickeln. Der Nahverkehrsplan, der Ende 2021 verabschiedet werden soll, muss den 15-Minuten-Takt auch bei den Busanbindungen garantieren. Auch die Verbesserung des gesamten Netzes ist dringlich notwendig. Die Erhöhung der Fahrpreise halten wir nicht für zielführend in einer Region, in der die Nutzer bereits über Gebühr an der Finanzierung des ÖPNV beteiligt werden. Natürlich: Die Ausgaben für den ÖPNV belasten den Kreis sowohl bei den Investitionen wie auch den laufenden Kosten enorm. Wir GRÜNEN setzen uns daher seit langem für eine Nahverkehrsabgabe ein, die die Kosten des ÖPNV auf alle Verkehrsteilnehmer\*innen verteilt. Damit kann der ÖPNV im Preis attraktiv gemacht werden, mehr Nutzer\*innen gewonnen werden und die Infrastruktur verbessert werden. Und Handwerk und Wirtschaft kann ein Straßennetz überlassen werden, das nicht von

ständigen Staus geplagt ist.

Überhaupt nicht einverstanden sind wir mit der Praxis, die Tariferhöhungen im Kreistag nur noch im Nachhinein abnicken zu können. Wir stellen dazu den Antrag, zukünftig vor Entscheidungen des VVS-Aufsichtsrates über Tariferhöhungen ein bindendes Votum des Kreistages einzuholen.

Ein großes Vorhaben ist der Bau des Neuen Landratsamtes am Standort Esslingen. Wir stehen zum Neubau und hoffen, dass er ökologisch die Vorbildfunktion einnimmt, die wir uns davon erwarten und wie sie auch geplant ist. Die finanziellen, organisatorischen und ökologischen Bedingungen sind von Verwaltung und Kreistag genau geprüft worden. Nach unserer Überzeugung ist der Neubau rundum nachhaltig und vernünftig. Allerdings sind die Stellplatzzahlen bisher zu großzügig gerechnet. Der Bau ist für die nächsten 50 Jahre konzipiert, absehbare Änderungen im Verkehrsverhalten müssen bereits heute berücksichtigt werden. Teure Tiefgaragenplätze dürfen unseres Erachtens nur für den dringlichsten Bedarf gebaut werden. Um einen Anreiz zu schaffen, auch mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen - übrigens eine der ökologischsten Fortbewegungsmöglichkeiten - wollen wir den radelnden Mitarbeiter\*innen eine finanzielle Prämie gewähren. Vorbild dafür kann das entsprechende Förderprogramm der Kreissparkasse Esslingen sein.

Einer der sich abzeichnenden Streitpunkte dieser Haushaltsberatungen ist die Höhe der Kreisumlage. Auch in diesem Jahr wird es verschiedene Standpunkte hierzu geben. Die Fraktion der Grünen folgt auch hier den Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Die nächsten Jahre werden finanziell nicht einfach werden: die Nachfrage nach Sozialleistungen wird steigen, gleichzeitig werden die Steuereinnahmen spürbar zurückgehen.

Auch wir wollen die erwirtschafteten Überschüsse und Rücklagen der Vorjahre zur Sicherung unserer Aufgabenerfüllung und zur Entlastung der Kreisumlage einsetzen. Aber wir wollen die vorhandenen Entlastungsmöglichkeiten auf die kommenden schwierigen Jahre gut und nachhaltig verteilen. Noch unterstützen Bund und Land die Menschen, Wirtschaft und Kommunen massiv, die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der Pandemie werden wir erst in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Auch dann brauchen wir noch finanziellen Handlungsspielraum. Daher stützen wir GRÜNEN den Kurs der Verwaltung, in Jahre 2021 einen Hebesatz von 30,8 Punkten Kreisumlage zu veranschlagen. Heute verkraften die Kommunen eine Kreisumlage von 30,8 Punkten noch, in den nächsten beiden Jahren wird jedes Zehntel Kreisumlage mehr doppelt so weh tun wie heute.

Wir sehen schon, dass es machen Kommunen schon heute finanziell nicht mehr gut geht. Deshalb aber heute schon allen finanziellen Spielraum aufzubrechen ist kurzfristig. Der Sozialbereich wird in den nächsten Jahren mehr Ressourcen verbrauchen. Da ist eine Vorsorge für eine dann auch noch verkraftbare Kreisumlage vorausschauendes und nachhaltiges Handeln, und das braucht eine Krisenzeit wie diese.

Ein unsicheres Jahr steht uns bevor, sowohl finanziell, als auch bezüglich des Pandemiegeschehens und der Klimaveränderung. Gemeinsam können wir die Herausforderungen bewältigen. Dafür wünsche ich uns allen eine glückliche Hand.



## Haushaltsplanberatungen 2021

### Anträge der Fraktion

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Esslingen

#### **Das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises in die Umsetzung bringen!**

- I. Um im kommenden Jahr erste Projekte des integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises (IKK) in die Realisierung zu bringen beantragen wir Projektmittel in Höhe von € 200.000,- in den Haushalt einzustellen.
  
- II. Wir bitten um einen Bericht über
  - den Start der neuen Stelleninhaberin Klimaschutzmanagement und erste Ziele;
  - die weiteren Planungen zur Umsetzung der Personalstelle Mobilitätsmanagement;
  - die weiteren Planungen zur Umsetzung der Personalstelle Energiemanagement;
  - die weiteren Planungen zur Umsetzung der Klimaschutzagentur des Landkreises;
  - die vorgesehenen Verknüpfungen der o.g. Themenbereiche mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises.

Im verabschiedeten integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises sind Maßnahmen zur Verringerung der Erderwärmung aufgezeigt und die notwendige Organisationsstruktur für deren Umsetzung benannt. Dies ist der richtige Weg, um auf die Klimaerwärmung auch im Landkreis vermindert einzuwirken. Die Installation der neuen Klimaschutzagentur sowie einer Klimaschutzabteilung innerhalb der Landkreisverwaltung ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Baustein und die Grundlage dafür, die im IKK vorgeschlagenen Maßnahmen angehen zu können.

Um kein weiteres Jahr verstreichen zu lassen, sollten bereits für 2021 erste Maßnahmen umgesetzt werden. Hierfür sind entsprechende Projektmittel bereitzustellen.

#### **Die Arbeit des Landschaftserhaltungsverbandes verifizieren!**

**Wir bitten die Verwaltung, im Laufe des Jahres 2021 einen Bericht über die bisherige Arbeit des Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) im zuständigen Ausschuss vorzulegen.**

Im Jahr 2016 wurde der Landschaftserhaltungsverband (LEV), auf Antrag unserer Fraktion, gegründet. Wir bitten um einen Bericht über seine seitherige Arbeit, insbesondere welche Schwerpunktthemen der LEV bearbeitet hat und inwieweit die Fachkompetenz des LEV von den Kommunen nachgefragt wurde.

## **Dem Radschnellweg Neckartal zum Erfolg verhelfen!**

**Wir bitten um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radschnellweges Neckartal.**

Letztmalig wurde im Ausschuss für Technik und Umwelt mit Vorlage 90/2018 am 25. Oktober 2018 über den geplanten Radschnellweg von Plochingen nach Stuttgart berichtet. Der Radschnellweg ist ein relevanter Baustein für eine modernen Mobilität im Landkreis, eine zeitnahe Umsetzung daher wichtig. Um die Konzeption und Realisierung des Radschnellweges begleiten und stützen zu können sollte im Ausschuss über den aktuellen Stand berichtet werden.

## **Elektromobilität auch im öffentlichen Busverkehr voranbringen!**

**Die Verwaltung zeigt im 1. Quartal des Jahres 2021 im zuständigen Ausschuss auf, durch welche Maßnahmen die Elektromobilität im öffentlichen Busverkehr des Landkreises eine positive Entwicklung nehmen könnte und inwieweit hierfür im fortzuschreibenden Nahverkehrsplan des Landkreises entsprechende Weichen zu stellen sind.**

Im unlängst vorgestellten Elektromobilitätskonzept des Landkreises ist anschaulich dargestellt, dass eine Elektromobilisierung im Busverkehr aufgrund der Mehrkosten bei der Busbeschaffung und dem Aufbau einer entsprechenden Ladeinfrastruktur für die einzelnen Busunternehmen nicht ohne die Unterstützung der Politik darstellbar ist. Zwar gibt es bei der Beschaffung eines vollelektrisch batteriebetriebenen Busses einen hohen Förderzuschuss, trotzdem ist die Elektromobilität für Busunternehmen gegenüber dem Dieselbetrieb noch nicht konkurrenzfähig. Es muss aber unser Interesse sein, auch und gerade im Busverkehr auf einen klimaschonendere Antriebstechnik umzusteigen

## **Mit dem Fahrrad zur Arbeit – Radmobilität in der Verwaltung fördern!**

**Die Landkreisverwaltung erarbeitet ein Förderprogramm mit dem Ziel, den Anteil der Radnutzung auf dem Weg von und zur Arbeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung zu erhöhen. Vorbild hierfür könnte das entsprechende Förderprogramm der Kreissparkasse Esslingen sein.**

Radfahren hat viele Vorteile. Es dient der Gesundheit, ist Klimafreundlich und ein Fahrrad benötigt nur eine geringe Stellplatzfläche. Der Landkreis muss ein Interesse an der Gesundheit seiner Mitarbeiter haben, hat sich mit dem IKK zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung verpflichtet und kann mit einer möglichen Einsparung von Stellplatzflächen im Neubau des Landratsamtes viel Geld sparen.

Untersuchungen aus Belgien - dort werden radelnde PendlerInnen seit den Neunzigerjahren gefördert - belegen, dass die Einführung einer Prämie die effektivste Möglichkeit zur Fahrradförderung ist. Auch in anderen europäischen Ländern wie Frankreich und Italien werden radelnde PendlerInnen mit Kilometerprämien belohnt. Der Europäische Radfahrerverband (ECF) sagt, dass Unternehmen, die die steuerfreie Prämie einführen, das Fahrradfahren zur Arbeit um durchschnittlich 36 Prozent erhöhen können.

Die Kreissparkasse Esslingen hat bereits ein entsprechendes Prämienprogramm für ihre MitarbeiterInnen aufgelegt, welches Prämien in Abhängigkeit zur Anzahl der Fahrten und zur zurückgelegten Entfernung in einem einfachen Erfassungsverfahren gewährt.

## **Politische Mitsprache bei VVS-Tariferhöhungen ermöglichen!**

**Die Verwaltung stellt sicher, dass zukünftig vor anstehenden Entscheidungen des VVS-Aufsichtsrates über Tariferhöhungen zwingend ein ordnungsgemäßes und bindendes Votum des zuständigen Ausschusses des Kreistages eingeholt wird.**

Nahezu jährlich entsteht die Situation, dass anstehende Tariferhöhungen beim VVS aus organisatorischen und zeitlichen Gründen nicht vom Kreistag entscheiden werden können. Die Frage von Tariferhöhungen ist aber - neben der wirtschaftlichen Betrachtung für die Verkehrsunternehmen - auch eine politische Entscheidung der Art, welcher Anteil an den Kosten des ÖPNV über die Nutzer bzw. über allgemeine Steuermittel zu finanzieren sind. Diese Entscheidung muss wieder in den Kreistagen getroffen werden, die Landkreise und der VVS müssen Ihre Entscheidungsprozesse entsprechend anpassen. Ggf. kann der zuständige Ausschuss bzw. der Kreistag als Vollgremium auch einen Vorratsbeschluss fassen bzw. eine Grundsatzentscheidung treffen.

## **Kinder- und Jugendarbeit auch unter Pandemiebedingungen ermöglichen!**

**Wir beantragen,**

- 1. auf Grund des dynamischen Pandemiegeschehens die Einstellung von € 15.000,- in den Haushalt 2021 als ergänzendes Budget für Projekte bzw. Maßnahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem Ziel, auch in der kalten Jahreszeit Orte (auch außerhalb geschlossener Räume) zu schaffen und zu erhalten, an denen sich Begegnung und Gesundheitsschutz vereinbaren lassen;**
- 2. einen Bericht über digitale Ausstattung und entsprechende sozialpädagogische Angebote in der Jugendhilfe und offenen Kinder- und Jugendarbeit, sowie die Feststellung der Bedarfe in diesem Bereich – mit besonderem Blick auf die kleineren Anbieter dieser Angebote.**

Die Kinder- und Jugendarbeit steht durch die Coronakrise mit Beginn der kalten Jahreszeit und der Verschärfung des Pandemiegeschehens erneut vor großen Herausforderungen. Neben der Aufrechterhaltung des Betriebes von Kindertagesstätten und Schulen ist es für die seelische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtiger denn je, reale und digitale Räume und Unterstützungsangebote zu haben, in denen Begegnung, Bewegung, Selbstentfaltung und Kontakthalten mit dem notwendigen Gesundheitsschutz so gut wie möglich vereinbar sind. Hier sollten Landkreis, Kommunen und Träger eng zusammenarbeiten. Das zusätzliche Budget soll es der offenen Jugendarbeit ermöglichen, kreative Lösungen vor Ort zu realisieren und mögliche außerordentliche Bedarfe außerhalb der begrenzten Sachmittelbudgets zu finanzieren

## **Funktionierende Schuldnerberatung gewährleisten!**

**Wir beantragen einen Sachstandsbericht über die Beratungssituation und die angestiegenen Beratungszahlen in den Schuldnerberatungsstellen des Landkreises mit besonderem Blick auf die Frage, ob die vorhandenen Beratungskapazitäten weiterhin ausreichend sind.**

Die Auswirkungen des Strukturwandels in der Automobil- und Maschinenbauindustrie als auch die Folgen der Corona-Pandemie haben Auswirkungen auf die Verschuldungssituation der privaten

Haushalte. Betroffene berichten von langen Wartezeiten für eine Schuldnerberatung im Landkreis Esslingen. Statistisch ist ein Anstieg der verschuldeten Haushalte bundesweit zu beobachten. Insofern stellt sich die Frage, ob genügend Kapazitäten an Beratungsleistungen bei den Schuldnerberatungsstellen vorhanden sind, damit Beratungen zeitnah angeboten werden können.

## **Menschen mit Behinderung in der Pandemie nicht vergessen!**

**Wir bitten um einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung.**

Die Corona- Krise zeigt, dass gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserem Gemeinwesen noch nicht umfassend verankert ist. Damit Menschen mit Behinderung und ihre Familien in der aktuellen gesellschaftlichen Ausnahmesituation gleichberechtigt teilhaben können, sollte bei allen staatlichen Maßnahmen auch geprüft werden, welche Auswirkungen diese auf Menschen mit Behinderung und ihre Familien haben. Ggf. muss dann gegengesteuert werden, um den spezifischen Bedarfen gerecht werden zu können. Gerade bei zukünftigen Corona-Regelungen sollte noch gezielter darauf geachtet werden, Menschen mit Behinderung und deren Familien sowie die Fachverbände zu beteiligen.

## **Teilhabe durch gleiche Chancen - Inklusive Ferienbetreuung voranbringen!**

**Wir beantragen**

- 1. Finanzielle Mittel in Höhe von € 10.000,- für die Betreuung des Assistenzpools des Kreisjugendringes für die inklusiven Ferienbetreuungen dauerhaft einzustellen, zumindest jedoch die Mittel für das Jahr 2021, da die freie Finanzierungsmöglichkeit dieses Jahr ausläuft;**
- 2. Finanzielle Mittel in Höhe von € 7.000,- für den Verein "Villa e.V." für dessen spezialisierten Assistenzpool für das Jahr 2021, um das dringend benötigte inklusive Ferienangebot des Vereins für Kinder aus dem Landkreis niederschwellig zu halten und dem Träger eine verlässliche und gesicherte Planung zu ermöglichen.**
- 3. die Vereinfachung der Antragstellung und der Antragsformulare für die Assistenzförderung im Bereich Ferienbetreuung durch die Eingliederungshilfe des Landkreises sowie eine Unterstützung der Eltern bei der Antragstellung;**
- 4. einen Bericht zum Sachstand der 2019 gestarteten Arbeitsgruppe „(Inklusive) Ferienangebote“ unter dem Dach der Kreisarbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe.**

Um das Thema inklusive Ferienbetreuung gut umsetzen zu können sind geeignete Assistenzkräfte und deren Koordination und Begleitung ein grundlegender Baustein.

Wir setzen uns erneut und mit Nachdruck dafür ein, inklusive Ferienbetreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in unserem Landkreis zu sichern und weiter voranzubringen, um Chancengleichheit herzustellen und Teilhabe zu ermöglichen.

Inklusive Ferien- und Freizeitangebote sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft, die das Ziel hat, keinen auszuschließen oder zu benachteiligen, sondern viel mehr gegenseitiges Verständnis zu wecken, Kennenlernen und Austausch zu ermöglichen. Die Begegnung im Kindesalter im Arbeitsfeld außerschulischer Jugendbildung eröffnet hierfür gute Chancen und

Möglichkeiten. Zudem umfasst das Thema gerechter Teilhabe auch die Eltern betroffener Kinder im Sinne einer größeren Chancengleichheit im Hinblick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### **„refugio stuttgart e.V.“ in das Integrationskonzept des Landkreises integrieren**

**Wir beantragen, das psychosoziale Zentrum „refugio stuttgart e.v.“ im Jahr 2021 mit € 20.000,- zu unterstützen.**

**Mittelfristig muss das Beratungsangebot von „refugio stuttgart e.v.“ im Integrationskonzept des Landkreises fest verortet werden und eine Regelförderung gewährt werden.**

„Refugio stuttgart e.V.“ bietet sprachmittlergestützte psychosoziale Beratung sowie psychologische Diagnostik und psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Geflüchteten, Folterüberlebenden und deren Angehörigen an. Daneben ist „refugio stuttgart e.V.“ ein unerlässlicher Akteur im psychosozialen Netz und bietet Fachberatungen für ärztliches, psychotherapeutisches und (sozial-)pädagogisches Fachpersonal in Einrichtungen an – auch im Landkreis Esslingen. Hier ist z.B. die Teilnahme von „refugio stuttgart e.v.“ am Qualitätszirkel „Psychologische Beratung psychisch belasteter Flüchtlinge“ des Landkreises Esslingen zu nennen.

Die Arbeit von „refugio stuttgart e.v.“ ist unerlässlich und notwendig und benötigt eine verlässliche Finanzierung. Nachweislich verhindern unbehandelte Traumata Integration und entwickeln sich häufig zu einem erheblichen Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Bis auf den Landkreis Esslingen haben alle umliegenden Landkreise für 2021 Fördermittel für „refugio stuttgart e.v.“ in ihre Haushalte eingestellt. Der Landkreis Esslingen muss hier nachziehen, zumal aus dem Landkreis Esslingen 2019 mehr als 100 Klientinnen von „refugio stuttgart e.v.“ und deren Regionalstelle in Tübingen betreut wurden, was mit 27 Prozent den höchsten Anteil aller umliegenden Landkreise darstellt.

### **Diskriminierung erkennen und begegnen!**

**Wir beantragen, die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle Esslingen (ADES) mit einem Zuschuss in Höhe von € 22.000,- für das Jahr 2021 zu unterstützen und so die Kofinanzierung des Landes zu sichern und das Angebot für die Bevölkerung zu erhalten.**

Zunehmende rassistische und antisemitische Übergriffe zeigen, wie dringlich das Thema Antidiskriminierungsstelle ist. Die Antidiskriminierungsstelle Esslingen arbeitet seit einigen Jahren kreisweit und in Kooperation mit den Kommunen an diesem Thema. Um das Angebot der ADES für 2021 zu sichern, braucht es die kommunale Unterstützung, da ab 2021 die ADES vom Land nur weiter finanziert wird, wenn der Landkreis und die Städte und Gemeinden bei der Finanzierung in gleichem Maße mitmachen. Jedem kommunalen Euro folgt ein Euro des Landes (bis € 40.000,-).